Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Kiesringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4196

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Bezug ist nur auf Grund bejahender Zweckerklärung gestattet. Bestellung kostenfrei 4 Wochen vor dem Quartalsende, wenn nicht anders verlangt. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 8. September 1931

Internationaal Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Die Naturalhilfe.

SPD. Alles muss eingesetzt werden, um die Millionen von Arbeitslosen über den kommenden Winter zu bringen. Damit steht und fällt alles. Eine grosse Rolle spielt dabei die Frage der Naturalhilfe.

Die Naturalhilfe darf in keiner Form die geldliche Arbeitslosenunterstützung ersetzen. Sie muss eine zusätzliche Leistung bilden, eine besondere Schutzmassnahme gegenüber den Schwierigkeiten des bevorstehenden Winters. Die Kommunen sind in ihrer schweren Finanznot ausser Stande, die unerlässlichen Sondermassnahmen und Sonderleistungen an die notleidende Bevölkerung zu bestreiten, sodass das Reich die Verantwortung und die Pflicht hat, diese zentral durchzuführen.

Die Formen dieser Aktion sind durch die Tatsache geradezu vorgezeichnet. Während Millionen von Menschen nicht die Mittel besitzen, um ihren Hunger zu stillen und ihr Heim zu wärmen, sind gewisse Nahrungsmittel und Brennmaterialien in Ueberfülle vorhanden und können keine Verwertung finden. Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft! Die Halden liegen in Deutschland berstend voller Kohlen. Kartoffeln sind in Ueberfülle vorhanden. Dieser Ueberfluss muss der notleidenden Bevölkerung zunutze gemacht werden. Aus den überschüssigen, sonst nahezu nicht oder nur mit grössten Verlusten verwertbaren Vorräten können ohne Schwierigkeiten 5 Millionen Familien, die Mindestzahl der im kommenden Winter als notleidend anzusehenden Bevölkerung, versorgt und betreut werden. Wenn pro Familie für den Winterbedarf sechs Zentner Kartoffeln und zwanzig Zentner Steinkohle bezw. Briketts zur Verfügung gestellt würden, so wäre ein Gesamtquantum von etwa 1,5 Millionen to Kartoffeln und 5 Millionen to Kohlen für diese Aktion bereitzustellen, die ohne Schwierigkeit aus den überschüssigen Vorräten entnommen werden können. Die diesjährige Kartoffelernte wird auf 43 Millionen to geschätzt und geht weit über den normalen Verbrauch an Speise-, Futter- und Industriekartoffeln hinaus. Die Haldenbestände des Steinkohlenbergbaus betragen ca. 12½ Millionen to Steinkohle und Koks, die Haldenbestände des Braunkohlenbergbaus ca. 3 Millionen to Braunkohle und Briketts. Die überschüssigen Kartoffelmengen sollten nach Herrn Schieles Plänen zum Teil in Motorsprit verwandelt werden, obwohl die Selbstkosten eines Liters Motorsprit zehnmal so hoch sind als der gegenwärtige Weltmarktpreis für Benzin, zum anderen Teil müssten sie in die Futtertröge wandern. Die überschüssigen Kohlenhalden fressen hohe Lagerungskosten und Zinsen - die Verteuerung beträgt nach Angaben aus Zechenkreisen eine Mark pro to geförderter Kohle - und könnten schliesslich nur mit grossen Verlusten, etwa zum halben Inlandspreis, auf dem Weltmarkt verschleudert werden. Zu dieser widersinnigen Verschwendung darf es nicht kommen. Die Vorräte müssen der Versorgung der notleidenden Bevölkerung dienen. Das kann ohne grosse finanzielle Mehrbelastung der Reichskasse bewerkstelligt werden.

Die Kartoffelversorgung kann aus einer Sanierung des Branntweinmonopols und den damit verbundenen Ersparnissen für das Reich ohne Schwierigkeiten be-

stritten werden. Beim Branntweinmonopol haben sich Riesenvorräte in Höhe von 2 Millionen hl angehäuft, die ausreichen, den Absatz von mehr als einem Jahre zu befriedigen. Die Suspendierung des Brennrechts erscheint ohnehin zur Sanierung des Branntweinmonopols unerlässlich. Das Branntweinmonopol käme damit in die Lage, die grosse, vom Reich in Anspruch genommenen Darlehen zurückzuzahlen Das Reich könnte mit diesen Mitteln die sonst zu Kartoffelsprit verbrannten Kartoffelmengen abnehmen, die Brennereibesitzer dadurch schadlos halten und zugleich die Sonderzuweisung an die notleidenden Familien vornehmen. Berücksichtigt man, dass im Reichsetat 75 Millionen als Darlehen für die Branntweinmonopolverwaltung vorgesehen sind, dass andererseits für den Ankauf von 1,5 Millionen to Kartoffeln höchstens 40 - 45 Millionen erforderlich sein dürften, so ergibt sich, dass die Kartoffelversorgung durch eine sinnvolle finanzpolitische Massnahme ohne Neuinanspruchnahme von Reichsmitteln möglich ist.

Bei dem Plan der Kohlenversorgung muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass dadurch eine beträchtliche zusätzliche Absatzmöglichkeit geschaffen und der Bergbau von den kosten- und zinsenfressenden Beständen befreit wird, die er sonst überhaupt nicht oder nur mit grossem Verlust verkaufen kann. Für Ruhrkohle ist z.B. heute auf den umstrittenen Märkten teilweise nur 6 - 7 Mark je to zu erlösen. Auch Braunkohlenbriketts werden in den umstrittenen Gebieten und im Export weit unter den Preisen des geschützten Gebiets (Berliner Grosshandelspreis je Zentner gegenwärtig 1,05 Mark) losgeschlagen. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse wird man den Kostenaufwand für 5 Millionen to mit etwa 60 - 70 Millionen Mark einigermassen angemessen veranschlagen können. Auch hierfür lassen sich Finanzierungswege finden.

Möglich, dass die Suspendierung des Brennrechts über den für den Kartoffelankauf notwendigen Betrag Rückzahlungsbeträge frei macht, möglich auch, dass teilweise gegenüber mit den Steuerzahlungen rückständigen Bergbaukonzernen Aufrechnungen des Steuerfiskus erfolgen können. Darüber hinaus erscheint es ein selbstverständliches Gebot, dass man, wie es jetzt auch neuerdings von bürgerlicher Seite, so z.B. jüngst von Prof. Schmalenbach, befürwortet wird, durch stärkere Aufwandsbesteuerung etwa noch fehlende Mittel beschafft. Wenn man durch Einführung der Krisenlohnsteuer der in ihrem Arbeitseinkommen schon so stark herabgedrückten Arbeitnehmerschaft neue hohe Steuerlasten aufgebürdet hat, so ist es wirklich nicht zu viel verlangt, wenn man gewisse Schichten, die so gut wie gar keine Einkommensteuer zahlen, sich aber eine luxuriöse Lebensführung gestatten können, entsprechend ihrem Aufwand steuerlich heranzieht Es wäre denkbar, dass man den Kreis der Naturalhilfe noch auf das eine oder das andere Gebiet erweitert, wobei wir uns von vornherein darüber klar sind, dass nur Vorratsgüter hierfür in Frage kommen. Wir halten es z.B. für durchführbar, dass Staat und Kommunen als grosse Forstenbesitzer von sich aus in diesem Jahre kostenlos zur Brennholzversorgung der Bevölkerung beisteuern. Die technische Durchführung dieser Naturalversorgung wird auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten stossen. Die Kommunen besitzen z.T. Organisationen, die diese Aufgabe durchführen können, wie z.B. für Brennstoffe die Berliner Brennstoffgesellschaft. Andererseits wird es möglich sein, Lagerplätze für die Abholung der Naturalleistungen einzurichten.

Das Reich kann sich der Verpflichtung, zum Schutze der notleidenden Bevölkerung gegen Hunger und Kälte im kommenden Winter durchgreifende Massnahmen zu treffen, nicht entziehen. Die von uns geforderte Aktion zusätzlicher Naturalhilfen muss unverzüglich eingeleitet werden.

SPD. Genf, 8.September (Eig.Drahtb.)

Die Völkerbundsversammlung wählte am Dienstag zu Vizepräsidenten: Briand 44, Lord Robert Cecil 43, Yoshisawa 43, Dr. Curtius 42, Graf Apponyi 39 und Restrepo (Columbien) 32 Stimmen. Die Wahl erfolgte in geheimer Abstimmung. Von den 52 anwesenden Delegationen haben sich 48 an der Wahl beteiligt.

Präsidenten der sechs grossen Kommissionen wurden: 1. (Juristische Fragen) Scialoja-Italien, 2.(Wirtschaft) Jansen-Belgien, 3. (Abrüstung) Munch-Dänemark, 4. (Finanzen) Politis-Griechenland, 5. (Soziale Fragen) Ala Khan-Persien, 6. (Politik) Motta-Schweiz.

Einstimmig angenommen wurde der Antrag auf Einladung Mexikos zum Eintritt in den Völkerbund. In der Debatte über den Antrag begrüsste Reichsaussenminister Dr. Curtius die Einladung an Mexiko.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion befasste sich am Dienstag in einer mehrstündigen Sitzung mit der politischen und wirtschaftlichen Lage. Einleitend berichteten die Abgeordneten Dr. Hertz und Dr. Hilferding über die letzten Verhandlungen mit der Reichsregierung. Die Fraktion nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Reichsregierung zugesagt hat, einige Härten der Notverordnung vom 5.Juni, die von der Bevölkerung als besonders drückend empfunden worden sind, zu mildern. Folgende Entschliessung wurde angenommen:

"Die ausserordentliche Vertiefung der Krise der Weltwirtschaft durch die Erschütterung der Kreditorganisationen und die dadurch heraufbeschworenen Gefahren machen die Aufrechterhaltung und Sicherung der Lebenshaltung des deutschen Volkes zur wichtigsten Aufgabe der Politik. Das erfordert eine Führung der Aussenpolitik, die das durch den nationalistischen Lärm erzeugte Misstrauen beseitigt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Völker schafft. Im Zentrum dieser Politik muss die deutsch-französische Verständigung stehen, die auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet angestrebt und zu einer dauernden Zusammenarbeit ausgestaltet werden muss. Von besonderer Bedeutung wird die Führung der Handelspolitik sein. Das deutsche wie das internationale Interesse erfordern energische Schritte zur Herabsetzung des Zollniveaus der europäischen Staaten als Mittel zur Milderung der Wirtschaftskrise und als Gegenwirkung gegen die neuen schutzzöllnerischen Gefahren, die von England drohen.

Eine Aussen- und Wirtschaftspolitik, deren Ziel vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den anderen Mächten ist, ist die Vorbedingung zur Wiederherstellung des deutschen Kredits. Die Krise hat die schweren Gefahren des kapitalistischen Systems enthüllt. Um noch fürchterlichere Zusammenbrüche zu verhindern, musste das Reich 2 Grossbanken stützen. Der Einsatz öffentlicher Mittel erfordert die dauernde Kontrolle des Reiches über diese Banken und die Fortführung unter gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die ausschlaggebende Bedeutung der Bankpolitik für die Aufrechterhaltung der gesamten deutschen Wirtschaft macht die Kontrolle der Banken und die Leitung der Kapitalströmungen zu einem entscheidenden Teile jeder Wirtschaftspolitik, die die Gefahren einer volkswirtschaftlich unberechtigten Einschränkung des Kreditvolumens mit ihren Folgen vermehrte Betriebseinstellungen und verschärfte Arbeitslosigkeit ebenso vermeiden muss wie die Gefahren der Inflation.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion fordert deshalb die Errichtung eines Amts für Bankpolitik, das mit allen nötigen Vollmachten zur Information über die Privatbanken und zum Eingreifen im volkswirtschaftlichen Interesse ausgestattet ist. Der Schutz der gemeinwirtschaftlichen Interessen erfordert in gleicher Weise eine wirksame Beeinflussung der Kartell- und Tarifpolitik durch die Organe des demokratischen Staates. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion erhebt deshalb erneut die Forderung nach Errichtung eines Kartellamtes. Die schwere Erschütterung des Vertrauens, die die kapitalistischen Bankrotte in letzter Zeit hervorgerufen haben, machen die Reform des Aktienrechts zur dringenden Notwendigkeit. Die Reform muss den Missbrauch mit den Mehrstimmenrechts- und Depotaktien unterbinden, die Haftbarkeit der Aufsichtsräte sichern und weitgehende Publizität und Offenlegung zur Pflicht machen. Nur so kann es gelingen, die Herrschaft der kapitalistischen Sonderinteressen über den Staat und die Volksgesamtheit zu brechen und das Allgemeininteresse des Volkes durchzusetzen. Ein Druck auf die Kartellpreise, eine Verminderung

der Handelsspanne und der schädlichen Preisbindungen der zweiten Hand muss zu einer schnelleren Anpassung des deutschen Preisniveaus an die veränderte ökonomische Lage führen. Im Einklang mit dieser Politik des Abbaus der überhöhten Preise muss die Agrarpolitik stehen. Die Fraktion fordert deshalb Senkung der Produktionskosten für die bäuerliche Veredelungswirtschaft und Verbilligung der wichtigsten Nahrungsmittel insbesondere des Brotes durch Zollsenkung und Verringerung der Handelsspanne sowie die Ermässigung der Zuckerpreise. Die Mittel der staatlichen Wirtschaftspolitik müssen eingesetzt werden, um eine neue Verringerung der Kaufkraft und damit eine neue Schrumpfung des Wirtschaftsprozesses hintanzuhalten. Deshalb fordert die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Verhinderung jeden weiteren Lohnabbaues.

Die dringendste Sorge des Winters geht um das Schicksal der Arbeitslosen. Die Fraktion erwartet von der Reichsregierung, dass sie endlich die notwendigen Gesetzesmassnahmen zur Durchführung der Vierzigstundenwoche trifft. Sie lehnt alle Bestrebungen zur Beseitigung der Arbeitslosenversicherung und der weiteren Verringerung ihrer Leistungen entschieden ab, und befürwortet die Vereinheitlichung der Krisenfürsorge und der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge unter ausreichender finanzieller Beteiligung des Reichs. Nur so kann eine wirksame Entlastung der Gemeindefinanzen herbeigeführt und zum Ausgleich ihrer Etats beigetragen werden. Gleichzeitig muss Vorsorge für die Umschuldung und Konsolidierung der kurzfristigen Kredite der Gemeinden getroffen werden. Angesichts der wachsenden Zahl langfristiger Erwerbsloser und des steigenden Elends breiter Volksmassen ist eine Winterhilfe unerlässlich. Es geht nicht an, dass die Massen hungern und frieren, während Nahrungsmittel in Deutschland verfaulen und Kohlen auf den Halden sich türmen. Neben der bisherigen Geldunterstützung muss deshalb eine zusätzliche Naturalleistung von Kartoffeln und Kohlen verlangt werden.

Unerträglicher als je wirkt in diesem Winter steigender Not der Gegensatz von Massenarmut und überhohen Einkommen. Deshalb fordert die Sozialdemokratische Fraktion die längst fällige Herabsetzung der hohen Pensionen und Gehälter in öffentlichen und privaten Verwaltungen und Betrieben. Die Wiederkehr des Vertrauens fordert neben einer klarenAussenpolitik der Verständigung unter den Völkern die Sicherung einer demokratischen und sozialen Politik im Innern, den rücksichtslosen Kampf gegen den Faschismus und all seine Helfershelfer. Nur wenn die Reichsregierung sich von reaktionären und nationalistischen Einflüssen befreit, wenn sie den berechtigten sozialen Forderungen der Werktätigen gerecht wird, werden die innerpolitischen Wirren überwunden, das Vertrauen in eine stabile demokratische und soziale Politik im In- und Auslande wieder hergestellt und damit das Volk von materieller und seelischer Not befreit werden."

SPD. Breslau, 8.September (Eig.Dr.)

Unter den Breslauer Fürsorgearbeitern, deren Löhne entsprechend der Lohnsenkung bei den Gemeindearbeitern auf Beschluss des Magistrats gekürzt werden sollen, ist ein wilder Streik ausgebrochen. Die Leitung der Bewegung liegt in Händen eines kommunistischen Aktionsausschusses. Der Streikparole sind am Dienstag unter dem Druck von Terrorakten etwa 300 bis 400 von insgesamt 1700 Arbeitern gefolgt.

SPD. Die Reichsregierung hat sich endlich zum Erlass einer Notverordnung entschlossen, durch die in die Pensionsverhältnisse eingegriffen wird. Die Veröffentlichung dieser Verordnung steht unmittelbar bevor.

Die Verordnung verfügt eine mässige Kürzung der Pensionen, die den Betrag von 12 000 Mark im Jahre übersteigen. Der 12 000 Mark übersteigende

Betrag soll nur dann voll zur Auszahlung kommen, wenn der Pensionär die Stelle aus der sich seine Pension errechnet, länger als 5 Jahre bekleidet hat. Hat er die Stelle nicht länger als ein Jahr bekleidet, so erfolgt eine Kürzung dieses 12 000 Mark übersteigenden Betrages um 50 Prozent, bei zwei Jahren um 40 Prozent, bei drei Jahren um 30 Prozent, bei vier Jahren um 20 Prozent, bei fünf Jahren um 10 Prozent.

Art und der Umfang der Kürzung entsprechen in keiner Weise der Stimmung, die gegen die hohen Pensionen im Volke besteht. Vor allem vermisst man immer noch eine Kürzung der Pension in den Fällen, in denen der Pensionär ausserdem überein grosses anderweitiges Einkommen verfügt. Bisher beträgt die Höchstpension bei 40 Dienstjahren 80 Prozent des zuletzt bezogenen pensionsfähigen Diensteinkommens. Dieser Prozentsatz soll durch die neue Notverordnung auf 75 Prozent herabgesetzt werden. Eine entsprechende Veränderung der Durchstaffelung vom 20.Dienstjahre aufwärts bis zu dem Höchstsatz von 75 Prozent ist vorgesehen. Das bedeutet praktisch eine durchschnittliche Kürzung der Pensionen um 6 Prozent, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass die Pensionen durch die voraufgegangenen Notverordnungen schon in demselben Ausmass gekürzt worden sind, wie die Gehälter der aktiven Beamten.

Im Zusammenhang mit dieser beamtenpolitischen Massnahme will die Regierung auch den § 62 des Reichsversorgungsgesetzes ändern, der die Anrechnung von Renten bei Kriegsbeschädigten regelt, deren Besoldung aus öffentlichen Mitteln erfolgt. Die Einkommensgrenze, bei deren Ueberschreitung eine gestaffelte Kürzung der Rente von 10 zu 10 Prozent für je 60 Mark weiteres Einkommen einsetzt betrug vor der vierten Notverordnung 350 Mark monatlich. Mindestens drei Zehntel der Rente blieben jedoch zahlbar. Durch die vierte Notverordnung wurde der Betrag auf 210 Mark herabgesetzt und ausserdem verfügt, dass die Rente um die Hälfte des Betrages zu kürzen ist, der diese Grenze überschreitet. Auch bei dieser Regelung mussten drei Zehntel der Gebührnisse verbleiben. Durch das Zusammentreffen von Gehaltskürzungen, Kürzungen des Kinderzuschlages und diese Rentenkürzung traten bei Beamten, Angestellten und Arbeitern der öffentlichen Verwaltungen Einkommensminderungen bis zu 30 Prozent ein. Die Sozialdemokratie hat daher immer wieder angeregt, die schematische Form der Kürzung durch eine Regelung zu ersetzen, bei der Familienstand und Schwere der Beschädigung durch entsprechende Freigrenzen berücksichtigt werden. Diesem Gedanken will die neue Notverordnung Rechnung tragen.

Die Sozialdemokratie hat darüber hinaus gefordert, dass auch die Anrechnung der Rente von Kriegsbeschädigten auf die Arbeitslosenunterstützung unterbleibt, die durch die Notverordnung bis auf einen Betrag von 15 Mark herbeigeführt worden war. Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, diesen Betrag mindestens bei Schwerbeschädigten auf 25 Mark zu erhöhen. Erwägungen darüber, diesen Satz auch bei den Leichtbeschädigten zu belassen, sind noch in der Schwebe. Aus technischen Gründen soll die letztere Regelung jedoch in die Notverordnung aufgenommen werden, in der die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung erfolgt. Weitere Zugeständnisse hat die Reichsregierung auf dem Gebiete der Kriegsversorgung auf dem Verwaltungsweg in Aussicht gestellt. Sie beziehen sich auf die Zahlungen von Zusatzrenten in besonderen Fällen an Leichtbeschädigte und Witwen, denen die vierte Notverordnung die Möglichkeit einer Erlangung von Zusatzrente überhaupt genommen hatte. Die durch Verwaltungsanordnung völlig ausserkraft gesetzte Kannversorgung ist in Auswirkung der Vorstellungen der Sozialdemokratie bereits gelockert worden. Ein weiteres Entgegenkommen auf diesem Gebiet ist in Aussicht gestellt.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist am Dienstag in Potsdam zu einer zweitägigen Sitzung zusammengetreten. Am ersten Sitzungstag nahm die Fraktion Referate politischer und wirtschaftlicher Art entgegen, am Mittwoch wird sie sich mit der Aussenpolitik des Herrn Curtius befassen.

SPD. Stuttgart, 8.September (Eig.Dr.)

Der württembergische Kirchenpräsident Wurm äusserte sich anlässlich der Einweihung einer Kirche in Göppingen über die Devaheim-Affäre wie folgt :

"An dem Zusammenbruch der Devaheim sind geschäftliche Missgriffe schuldig, aber leider auch unehrenhafte Handlungen, die man wohl aus anderen dunklen Affären kennt, die aber in diesem Kreise, wo sie dem Kredit der Kirche unermesslich schaden können, niemals erwartet worden wären. Doch kann in aller Bestimmtheit erklärt werden, dass die amtliche preussische Kirche in keiner Weise beteiligt ist. Der Tatbestand liegt freilich vor, dass die Innere Mission aufs schwerste in Misskredit gebracht worden ist. Was lernen wir daraus? Es hat sich immer wieder gezeigt, dass die Kirche als solche rein wirtschaftlichen Unternehmungen nicht gewachsen ist..... Das soll nun nicht heissen, dass die Kirche sich um die sozialpolitischen Aufgaben der Gegenwart nicht zu kümmern habe. Es ist nicht richtig, wenn man immer wieder sagt, sie stütze den Kapitalismus. Sie hat ein brennendes Interesse daran, dass seinen Uebergriffen gesteuert wird. Es ist auch nicht nur die Kirche, die "versagt" hat. Es gibt eben im wirklichen Leben Widerstände, die nicht leicht zu überwinden sind und mit denen auch andere Organisationen nicht fertig geworden sind. Dass in Deutschland freilich die Entwicklung der Dinge so gegangen ist, dass Arbeiterschaft und Kirche weithin getrennt wurden, darin liegt eine furchtbare Tragik. Und es ist eine der dringendsten Aufgaben, an der Ueberwindung der Kluft zu arbeiten, die sich hier aufgetan hat. Freilich kann das vom Boden der Kirche nur so geschehen, dass man streng an der biblischen Grundlage festhält und keineswegs sich auf ein politisches Programm festlegt."

SPD. Die Nazioten und alle, die am 9.August beim Volksentscheid mit ihnen im Bunde waren, wehklagen über Terrormassnahmen amtlicher Stellen und der Linken. Wer in Wirklichkeit Terror getrieben hat und noch treibt, zeigt nachstehendes Flugblatt, das von den Nationalsozialisten in der Kreisstadt Alfeld, Regierungsbezirk Hildesheim, verbreitet wurde :

"An die Einwohner Alfelds und Umgegend!

Der Volksentscheid ist zwar nicht mit Erfolg gekrönt worden, er hat aber gezeigt, wer mit den jetzigen Verhältnissen zufrieden ist und deshalb kein Verlangen hatte, mit Euch für eine Änderung zu kämpfen! Wer nicht für Euch ist, der ist gegen Euch!

Nachstehende Geschäftsleute und Gewerbetreibende haben durch ihr Fernbleiben vom Volksentscheid dokumentiert, dass sie nichts mit Euch zu tun haben wollen.(Es werden dann 32 Geschäftsleute, die sich nicht am Volksentscheid beteiligt haben, nach Branchen mit Namen und Adressen aufgezählt.) .....Dass die jüdischen Geschäftsinhaber und Grosskapitalisten nicht da waren, ist natürlich selbstverständlich. Willst Du die Gewähr haben, bei solchen Geschäftsleuten zu kaufen, die auch Deine Sache fördern, so bestelle umgehend die "Niedersächsische Tageszeitung". (Naziblatt.Red.) Bestellungen nimmt entgegen: Gustav Müller, Alfeld, Wallstrasse 3."

Diese Aufforderung zum Boykott der Alfelder Geschäftsleute ist auch in der Umgebung von Alfeld verbreitet worden, ohne dass sich die Deutsche Volkspartei, die tagtäglich mit den Nazioten über den Terror der Linken jammert, auch darüber entrüstet hätte.

SPD. Paris, 8.September (Eig.Drahtb.)

Der französische Handelsminister Rollin übergab dem Genfer Berichterstatter des "Intransigeant" folgende Erklärung :

"Wenn ich in der Völkerbundsversammlung das Wort ergreifen soll, werde ich im Namen Frankreichs bitten, dass man sofort zu handeln beginnt. Der Völkerbund hat ausgezeichnete Empfehlungen verabschiedet, aber er beeilt sich nicht damit, irgend etwas in die Tat umzusetzen. Das seit zwei Jahren bestehende Wirtschaftskomitee, das die Aufgabe hat, die bei seiner Bildung am Horizont auftauchende Krise zu bekämpfen, hat 69 Kommissions- und Unterkommissionssitzungen abgehalten. Alle Länder haben die einstimmig angenommenen Empfehlungen gebilligt, aber nicht ein einziges Land hat sie bisher durchgeführt. Wenn also der französische Handelsminister sprechen soll, dann wird er den Völkerbund ersuchen zu Taten überzugehen, die mehr als je notwendig und dringend sind."

Der "Intransigeant" meldet ferner, dass Briand Ende der Woche in der Völkerbundsversammlung eine grosse Rede halten werde, die nicht nur an Europa, sondern an die ganze Welt gerichtet sein werde und den Zweck habe, den Völkerbund aus der Krise, die er zurzeit durchmache, zu retten. Briand werde darlegen, dass man den Völkerbund jetzt nicht vernachlässigen dürfe sondern sich seiner bedienen müsse.

SPD. Braunschweig, 8.Sept. (Eig.Drahtb.

Die Kluft zwischen der Deutschen Volkspartei und den Nazioten des Landes Braunschweig scheint sich zu vertiefen. Die Volkspartei hat den Nationalsozialisten erklärt, dass der von diesen vorgeschlagene Ministerkandidat Klagges für die Volkspartei nicht in Frage kommen könne. Die braunschweigischen Nationalsozialisten wollen aber aus Prestigegründen auf Klagges nicht verzichten. Andererseits wehren sich die evangelischen Kreise des Landes gegen Klagges, der noch vor kurzer Zeit gegen die Kirche gearbeitet hat. U.a. hat er behauptet, dass die gesamte christliche Kirche verjudet sei.

SPD. Hamburg, 8.September (Eig.Drahtb.)

In Hamburg sind zur Bürgerschaftswahl 15 Wahlvorschläge eingereicht worden. Die Volkskonservativen wie Treviranus und Lambach beteiligen sich nicht an der Wahl. Die kommunistische Opposition hat lediglich im Hamburger Landgebiet eine Kandidatenliste eingereicht.

SPD. Die Vorarbeiten zur Durchführung der vom Reich geplanten Arbeitslose Kleinsiedlung sollen spätestens bis zum 15.September abgeschlossen sein, sodass in der zweiten Septemberhälfte bereits gesiedelt werden kann. Die gesetzlichen Voraussetzungen dazu werden durch eine Notverordnung geschaffen, in der dem mit der Durchführung des Siedlungs-Planes betrauten Reichskommissar weitgehende Vollmachten erteilt werden. Er kann danach zu Siedlungszwecken Land enteignen und bestehende gesetzliche Bestimmungen, die dem Siedlungswerk hindernd im Wege stehen, ausser Kraft setzen.

Als Reichskommissar wird Reichsminister Treviranus bestellt werden.

SPD. London, 8.September (Eig.Drahtb.)

Das Unterhaus trat am Dienstag Nachmittag zu einer, wie die englische Presse sagt, historischen Sitzung zusammen. In der Umgebung des Parlaments hatte sich eine grosse Menschenmenge angesammelt. Auf der Regierungsbank sassen MacDonald, Baldwin und Herbert Samuel, hinter ihnen die Regierungsparteien die Konservativen und Liberalen. Der Platz reichte für die Regierungsmehrheit kaum aus. Churchill musste auf einem Treppensitz Platz nehmen. Henderson, der Führer der Opposition, sass auf der anderen Seite des Hauses. Die Atmosphäre war von Anfang an mit Nervosität geladen. Immer wieder ertönten Ordnungsrufe des Sprechers.

Die Sitzung begann mit einem Wortwechsel zwischen MacDonald und Henderson Der neue Führer der Arbeiterpartei bezeichnete es als unfair gegen die Opposition, die Budgetmassnahmen unter dem Druck der Krise durch das Parlament hetzen zu wollen. MacDonald erwiderte, er freue sich, dass Henderson wenigstens das Vorhandensein einer Krise anerkenne. Am Mittwoch werde er darüber abstimmen lassen, ob sich das Haus als Budgetausschuss konstituieren wolle. Die zu erwartende Zustimmung werde die Regierung als Vertrauenskundgebung des Parlaments auffassen. Das eigentliche Sanierungsprogramm werde dem Unterhaus am Donnerstag durch Schatzkanzler Snowden unterbreitet werden.

In seiner Programmerklärung gab MacDonald in einstündiger Rede einen Ueberblick über die Ereignisse, die zu der Krise geführt haben. Neue Details teilte er nicht mit. Vor allem bestritt er, dass eine Erpressung der Regierung durch die Bankiers erfolgt sei. Die Krise sei eine Vertrauenskrise, und die Aufgabe der Regierung sei, das Vertrauen in den englischen Staatshaushalt und in die englische Wirtschaft wieder herzustellen. Der Bericht der Sparkommissio der ursprünglich nur für den häuslichen Gebrauch bestimmt gewesen sei, habe inzwischen internationale Bedeutung bekommen. Elemente, die England nicht freundlich gesinnt seien, hätten die Schlussfolgerungen des Berichts dazu benutzt, den englischen Kredit anzuzweifeln. Jetzt gelte es bestimmte Notmassnahmen sofort durchzuführen. Ihnen würden bald Massnahmen zur Aktivierung der englischen Zahlungsbilanz folgen.

Henderson, der als Führer der Opposition erwiderte, nahm sofort die von der Arbeiterpartei beschlossene Kampfstellung ein. "Ich bin, so führte er u.a. aus, ebenfalls davon überzeugt, dass wir den Budgetausgleich herstellen müssen, aber ich sehe nicht ein, warum gleichzeitig der Arbeitslosenfonds balanciert werden muss. Man hat gesagt, dass ich von Anfang an gegen die Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung eingetreten bin, und ich bin stolz darauf Niemand von uns lehnt allgemeine Kürzungen ab. Aber zwei Kürzungen gab es, die wir unter keinen Umständen annehmen konnten. Es sind die Kürzung der Sozialleistungen und die Senkung des Lebensstandards durch Kürzung der Arbeitslosenunterstützung."

Der Konservative Churchill trat für Schutzzölle ein, die allein die langfristige Krise bereinigen könnten.

SPD. Die Reichsregierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes unter dem 28.August ihre Antwort auf den Fragebogen des Völkerbundes zur Vorbereitun der Abrüstungskonferenz mit einem Begleitschreiben zugehen lassen. Das Material ist am Dienstag der Öffentlichkeit übergeben worden:

Der Genfer Abrüstungskonferenz wird u.a. jener Konventionsentwurf vorliegen, der nur gegen den schärfsten Widerspruch Deutschlands und bei Stimmenthaltung der deutschen Abordnung, die den satzungsgemäss einstimmigen Beschluss nicht unmöglich machen wollte, festgelegt worden ist. Besonders auf Betreiben Frankreichs geht dieser Konventionsentwurf dahin, dass Deutschland hinsichtlich seiner Waffengattungen etc. an das Versailler Mass gebunden bleib während die anderen Gross- und Mittelmächte keine wirksame Beschränkung ihrer Rüstungen auf sich zu nehmen brauchen. Auf Grund dieses Konventionsentwurfes

ist vor Monaten an die Regierungen ein Fragebogen über den Rüstungsstand der einzelnen Länder versandt worden. Der Fragebogen ist lückenhaft, da er z.B. Angaben über das Kriegsmaterial (Geschütze, Maschinengewehre, Gewehre usw.) und über die ausgebildeten Reserven nicht fordert.

Vor der Versendung dieses Fragebogens hat die Sowjetunion dem Völkerbund bereits Angaben über ihre Rüstung gemacht, sich jedoch Vertraulichkeit ausbedungen. Daraufhin hat Polen erklärt, dass es seine Rüstungsangaben ebenfalls erst öffentlich machen könne, wenn Russland das Gleiche getan hätte. Der Fragebogen selbst ist von den USA, England, Belgien, Holland ausführlich beantwortet worden, während Frankreich mit einem Memorandum erwidert hat, das die verlangten Angaben nicht enthält, sondern den französischen Standpunkt bekräftigt: "Erst Sicherheit, dann Abrüstung". Inzwischen hat auch Italien geantwortet. Die Antwort ist zwar noch nicht veröffentlicht worden.

In dem Begleitschreiben des Auswärtigen Amtes zu dem ausgefüllten Fragebogen wird die grundsätzliche Ablehnung des Konventionsentwurfes wiederholt und hervorgehoben, dass auch der Fragebogen ungenügend ist. Unterstrichen wird ferner, dass Deutschland mit seinen Rüstungen, die durch die Versailler Bestimmungen so stark eingeschränkt und ausserdem in allen Einzelheiten bekannt sind, hinter dem Rüstungsstand entsprechend grosser Staaten zurückbleibt. Nur in einem Punkt beantwortet Deutschland den Fragebogen noch nicht und zwar inbezug auf die deutschen Wehrausgaben. Hierzu wird gesagt, dass die bezüglichen Arbeiten noch nicht abgeschlossen seien und Deutschland sich vorbehalte, diese Angaben zu einem späteren Zeitpunkt nachzuliefern.

Die deutschen Angaben beziffern die Gesamtstärke des Heeres auf 100 000 Mann und 4500 Offiziere, einschliesslich der Sanitäts- und Veterinäroffiziere, der Apotheker. Eine ganze Anzahl der Fragen ist mit "keine" oder "nichts" beantwortet. So die Frage nach Kolonialtruppen, nach im Mutterland stehenden militärisch-organisierten Verbänden, nach ebensolchen Verbänden zur See, nach Luftstreitkräften und militärisch organisierten Luftfahrtverbänden, nach der Höchstgesamtdienstzeit der durch Aushebung rekrutierten Bestände. Es seien nur Berufsoffiziere vorhanden. Die Unteroffiziere und Mannschaften seien sämtlich auf zwölfjährigen Dienstvertrag angestellt. Das gleiche gilt für die 15 000 Mann und 1500 Offiziere, einschliesslich Deckoffiziere, der Reichsmarine. Die Gesamttonnage der Marine beträgt 125 780 Tonnen, während nach den Versailler Bestimmungen 155 000 Tonnen zugelassen sind. Frankreich baut übrigens durchschnittlich in drei Jahren ebenso viele neue Kriegsschiffe als Deutschland überhaupt haben darf. Ausser vier Linienschiffen im Alter von 23 - 26 Jahren und mit je 13 200 Tonnen sind die Panzerkreuzer "Deutschland" und "B" mit je 10 000 Tonnen im Bau. Von den deutschen Kreuzern ist einer 26 Jahre alt, vier sind über 20 Jahre, einer (Leipzig) ist im Bau. Die Tonnage dieser Kreuzer beträgt zwischen 3650 und 6000 Tonnen. Ferner hat Deutschland 26 Zerstörer und Torpedoboote, wovon 14 im Alter von 18 - 23 Jahren, zwölf unter 15 Jahre alt sind. An Fahrzeugen, die von einer Begrenzung ausgenommen sind, besitzt Deutschland 29 Minensuchboote, 14 Bewachungsfahrzeuge, 21 Sperr-Uebungsfahrzeuge, je 1 Vermessungsschiff, Segelschulschiff und Flottentender, 3 Stationstender, 4 Artillerie-Schulboote, 3 Versuchungsboote, 1 Fischereischutzboot, 2 Peilboote, 15 Schlepp- und Pumpendampfer, 4 Motorschlepper, 5 Dampfwasserfahrzeuge 4 Oeldampfer und 5 Transportdampfer.

SPD. London, 8.September (Eig.Drahtb.)

Im Verlauf der Dienstag-Sitzung des Unterhauses verlas der Sprecher vor der Erklärung MacDonalds folgende Botschaft des Königs:

"Die gegenwärtige Lage der nationalen Finanzen erfordert nach Ansicht der königlichen Minister neue Steuern und Sparmassnahmen inbezug auf die öffentlichen Ausgaben. Der König empfiehlt die Angelegenheit dem Unterhaus und erwartet, dass es entsprechende Massnahmen ergreifen wird."

MacDonald, der sofort nach dem Sprecher zu Wort kam, teilte u.a. noch mit dass er sein Gehalt um 20 000 Mark jährlich gekürzt habe.

SPD. Genf, 8. Septbr. (Eig.Drahtb.)

Der italienische Aussenminister Grandi hat der Völkerbundsversammlung am Dienstag in einer auffallend völkerbundfreundlichen Rede drei wichtige Anregungen gegeben. Einmal den Vorschlag eines sofortigen Rüstungsstillstandes bis zum Ergebnis der Abrüstungskonferenz, dann die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel einer Ausgleichung der Reparationszahlungen mit den Staatsschulden und endlich die scharfe Betonung der Abrüstung als Quelle der Sicherheit und wichtigstes Mittel zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Gegen den ersten Vorschlag machen sich bereits eine Reihe von Widerständen geltend. Er hat praktisch keine Aussicht auf Verwirklichung.

Grandi machte seine Vorschläge bei der Generalaussprache über den Tätigkeitsbericht des Völkerbundes. Er befürwortete zunächst die Vereinigung des Kelloggpaktes mit dem Pakt des Völkerbundes. Damit müsste aber die Vervollständigung dieses Paktes beendet sein, da sonst das Gefühl einer ewigen Unzulänglichkeit der Völkerbundsverfassung eintreten müsse. Das wichtigste Prinzip des Paktes sei der Friede. Er könne nur auf Sicherheit beruhen, die ihrerseits wieder von der Schiedsgerichtsbarkeit und der Abrüstung abhänge. Es existiere kein Problem der Sicherheit, das von der Abrüstungskonferenz unabhängig sei und wenn es in den internationalen Beziehungen keine Möglichkeit zu gewaltsamen Entscheidungen gebe und die Uebertreibungen der Bewaffnung nicht existierten, gebe es gar keine Probleme der Sicherheit. Der Pakt selbst lege die Pflicht zur Abrüstung auf. Die Abrüstung sei der Schlüssel zu jeder Erhöhung und Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise. Seine Jdee sei, von jetzt ab zu einem wahrhafte und wirkungsvollen Stillstand der Rüstungen zu kommen, mindestens bis zum Abschluss der Abrüstungskonferenz. Die Prüfung des Ausgleichs der Reparationen und Schulden sei ebenfalls dringend erforderlich, hänge aber von den Erfahrungen des Hooverjahres ab, die hoffentlich gut würden. Die politischen Fragen müssten endlich in gleichem Geiste behandelt werden, wie man die wirtschaftlichen behandeln wolle. Die Aktion der Einzelstaaten für sich genüge nicht mehr. Die Gruppenbildungen zur Wahrung von Sonderinteressen seien schädlich.

Jn der Dienstag-Nachmittagssitzung des Völkerbundes unterstrichen der holländische und der estnische Aussenminister die Notwendigkeit entschlossener internationaler Zusammenarbeit. Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, vertagte Titulescu die Sitzung auf Mittwoch.

SPD. London, 8. Septbr. (Eig.Drahtb.)

Der Gewerkschaftskongress in Bristol beschloss am Dienstag, von der Regierung die Einführung der 40 Stundenwoche und die allgemeine Gewährung von Ferien unter Fortdauer der Lohnbezüge zu fordern. Gegen die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung wurde Protest eingelegt.

SPD. Genf, 8. Septbr. (Eig.Drahtb.)

Briand stattete in Begleitung seines Kabinettschefs dem deutschen Aussenminister am Dienstag nachmittag einen Besuch ab. Hauptsächlich wurde das Programm des Besuchs der französischen Staatsmähner in Berlin besprochen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Auch eine Siegesfeier.

SPD. Am Sonntag, dem 7.September, fand in der Nähe von Leipzig eine Siegesfeier statt. Es nahmen teil: die Kriegervereine, die Vertreter städtischer Behörden, die rechtsradikalen Bünde, Vertreter der evangelischen Kirche. Die Festrede hielt der General a.D. Kaden, der durch seine rechtsradikale Einstellung bekannt ist. Die Stützen des Rechtsradikalismus in Deutschland waren versammelt um zu feiern. Und was feierten sie? Den Sieg, den der Schwedenkönig Gustav Adolf am 7.September 1631 bei Breitenfeld über den Reichsfeldherrn Tilly davongetragen hatte. Dieser Sieg des fremden Eroberers öffnete dem schwedischen Heer den Weg nach Süd- und Mitteldeutschland, und ganz besonders sächsische Gemeinden wissen davon zu erzählen, wie der schwedische Eroberer sengend und brennend und plündernd durch das Land zog. Die Taten der schwedischen Soldateska gehören zu den schlimmsten Kriegstaten des dreissigjährigen Krieges, allein der "Schwedentrunk", ein noch heute bekannter Begriff, genügt, um eine Vorstellung davon zu geben.

Tut nichts. Die nationalen Leute in Deutschland feiern heute jene Schlacht die zur weiteren Zerreissung Deutschlands, zur Festsetzung fremder Eroberer in Deutschland geführt hat. Wären sie wahrhaft national, sie würden sich hüten, die dunkelsten Punkte aus der Geschichte der deutschen Nation nach 300 Jahren noch zu feiern! Aber diese Feier hat eine weitere Bedeutung. Sie gilt nicht nur dem Sieg des fremden Eroberers, sie gilt vielmehr auch dem Sieg des Protestanten im Religionskrieg über den katholischen Feldherrn. Diese Feier war deshalb eine Demonstration der Rechtsradikalen gegen den Katholizismus. Ein Bekenntnis dazu, dass die rechtsradikale Bewegung zugleich eine Bewegung des Religionskampfes der evangelischen gegen die katholische Kirche ist. Bei dieser merkwürdigen Siegesfeier sprach der Oberbürgermeister von Leipzig: "Es gelte, den Bruderzwist zu begraben und ein einig Volk von Brüdern zu sein." Es scheint uns, dass diese Feier eher eine Provokation ist, der Versuch, einen Zwist wieder aufzuwärmen, der seit 300 Jahren verjährt ist.

Weil die Rechtsradikalen keine eigenen Siege feiern können, feiern sie den 300 Jahre alten Sieg eines fremden Eroberers. Die nationale Instinktlosigkeit der Nationalisten ist nicht zu überbieten.

Severing am Galgen.

Das Hakenkreuz hat sich in den höheren Schulen eingenistet und kann dort ungestört, von gewissenlosen Lehrern begünstigt, seine Propaganda unter der Jugend betreiben. Wir erfahren aus Erfurt einen krassen Fall, der endlich Anlass zu energischem Einschreiten geben soll. Eine Klasse der städtischen Oberrealschule unternahm einen gemeinsamen Ausflug. Sie sang dabei im Beisein des Lehrers ununterbrochen nationalsozialistische Lieder. Neben dem Hitler-Lied "Die Fahnen hoch" wurden die folgenden Verse gesungen:

O, Herr Severing, wie wird es Dir am Galgen gehen,
O, Herr Hörsing, wie wird es Dir im Zuchthaus gehen?

Im weiteren Verlauf des Schulausfluges wurde ein nationalsozialistisches Kampfspiel "SA und SS" durchgeführt. Der die Aufsicht führende Lehrer ist gegen diese Ausschreitungen nicht im mindesten eingeschritten. Er amtiert heute noch weiter, die beteiligten Schüler sind heute noch an der städtischen Oberrealschule und werden mit Hilfe staatlicher und städtischer Zuschüsse auf Kosten der Steuerzahler weiter zu Feinden des Staates gedrillt.

Pech beim Hetzen.

Das Hugenbergsche Hetzblatt, die "Nachtausgabe des Tag", hat einen Bauunfall beim Neubau des Verwaltungsgebäudes der Berliner Ortskrankenkasse benutzt, um wieder einmal gegen die angebliche Verschwendung von Krankenkassengeldern zu hetzen. Es spricht von dem 5-Millionen-Gebäude, von einem unnützen monumentalen Verwaltungsgebäude, dessen Bau allgemein stark kritisiert worden sei. Unmittelbar unter der Hetznotiz sieht man ein grosses Bild. Es stellt das neue Gemeindehaus der Emmaus-Kirchengemeinde dar, einen repräsentativen dreistöckigen Bau, der in diesen Tagen fertiggestellt, und am Sonntag feierlich durch den Generalsuperintendenten eingeweiht worden ist. Woraus hervorgeht: Wenn Ortskrankenkassen zum Nutzen der Versicherten Verwaltungsgebäude aufführen lassen, so ist das eine Verschwendung, die stark kritisiert werden muss, wenn aber eine Kirchengemeinde sich ein Prachthaus hinsetzen lässt, und vermutlich noch mit Hilfe von ausländischen Krediten, so ist das ein löbliches Beginnen!

Rechtsradikale Bildpropaganda.

Die italienische Armee hat ihre Manöver im Beisein Mussolinis abgehalten. Die Hugenberg-Presse berichtet, dass während des Manövers der Pfarrer eines Dorfes aus der Umgebung bei Mussolini erschienen sei, und sich bei dem Diktator für die zahlreichen Wohltaten bedankt habe, die der Duce der Ortskirche seit längerer Zeit habe zuteil werden lassen. Es ist eine Geschichte, die für die Fibel zur geistigen Verkümmerung der italienischen Schulkinder bestimmt ist. Die Hugenberg-Presse verbreitet sie in Deutschland für ihre Armen im Geiste und noch dazu illustriert! Sie zeigt folgendes Bild: Im Vordergrund Mussolini mit ausgestreckter Hand, vor ihm der Dorfpfarrer mit abgenommenem Zylinderhut, der sich tief über Mussolinis Hand beugt, um sie abzulecken. Dahinter der italienische Luftfahrtminister in Pose mit seinem schwarzbärtigen Gesicht, das sich so gut photographiert. Ein wohlgestelltes Bild!

Wir widmen es allen jenen geistig Armen, die dem deutschen Faschismus nachlaufen. Sie mögen sich wohl fühlen in der unwürdigen Knechtsrolle, in der der kleine italienische Ortspfarrer gezeigt wird, der für die Zwecke der faschistischen Propaganda dem Diktator die Hand küssen durfte. Die Widerlichkeit dieser Propaganda, ihre Würdelosigkeit und die Knechtsgesinnung, die daraus spricht, ist nicht zu übertreffen.

Rabbi und Mönch.

Das Organ der Hitler-Partei in Weimar wirft dem volksparteilichen Landtagsabgeordneten Knittel vor, dass er sich für seine politische Tätigkeit vom Verband der mitteldeutschen Industrie bezahlen lasse und dass er sich in seinem Anstellungsvertrag verpflichtet habe, im Landtag das Gesamtinteresse der Industrie im Einvernehmen mit dem Industrieverband wahrzunehmen. Bis vor kurzem waren die Herrschaften Bundesbrüder, und es ist den Hitlerleuten nicht eingefallen, der Volkspartei ihre Verknüpfung mit der Industrie vorzuwerfen. Nachdem die Thüringer Ehe auseinandergegangen ist, spielen die Nationalsozialisten die Rolle der Reiniger.

Mit der politischen Keuschheit der Hitler-Partei aber ist es ebenso bestellt wie mit der der Deutschen Volkspartei. Wie lange ist es her, dass Herr Hitler in den Vorzimmern der Rheinisch-westfälischen Grossindustriellen herumstand, um Subventionen für seine Partei zu erbetteln? Der Unterschied ist nur der, dass Herr Knittel als Einzelner mit der Industrie verhandelt hat, während Herr Hitler das Geschäft gleich für alle nationalsozialistischen Abgeordneten gemeinsam im grossen abschliesst.

Volkspartei und Hitler-Partei - Rabbi und Mönch - sie stinken alle beide.

Aus aller Welt

Des Kaisers Landarbeiter.

Ein interessanter Prozess vor dem Arbeitsgericht Potsdam - Der Vertreter Seine Majestät.

SPD. Am Dienstag mittag wurde vom Potsdamer Arbeitsgericht in Sachen "Voss gegen Wilhelm v. Hohenzollern" der frühere Kaiser verurteilt, dem am 19.August fristlos entlassenen Landarbeiter Voss vom Krongut in Bornstedt bei Potsdam Lohn und Deputat vom 19. August bis zum 8.September nachzuzahlen; für die Zeit vom 9.September bis zum 1.Oktober muss ausserdem die Krongutverwaltung den Arbeiter Voss wieder einstellen. Die ursprüngliche Klage, über die bereits am 3.September verhandelt worden war, lautete auf Lohn= und Deputatnachzahlung vom 19.August, dem Tage der Entlassung, bis zum 1.Oktober,dem normalen Entlassungstermin.

Die Entlassung von Voss war "wegen Arbeitsverweigerung" ausgesprochen worden. Voss, dem am 13.August gekündigt worden war, hatte an dem fraglichen Tage von 6 Uhr morgens bis abends 7 an der Dreschmaschine gearbeitet,aber dann weitere Ueberstunden verweigert, weil er wegen Augen= und Kopfschmerzen in der Zugluft des Dreschraums nicht weiter arbeiten konnte. Am nächsten Tag stellte der Amtsarzt in Bornim bei Voss eine Bindehautentzündung fest.

+

Voss, der den Herrn von Doorn verklagte, wohnt in einem ziemlich baufälligen,armseligen Häuschen in der Viktoriastrasse in Bornstedt. In dem sauber, ordentlich hergerichteten Wohnzimmer hängen Soldatenbilder, findet man die deutschnationale Potsdamer Tageszeitung. Voss zeigt uns seinen letzten Lohnzettel, dem übrigens auch die Berechnung für das nachzuzahlende Gehalt zugrunde gelegt worden ist. Er arbeitete in der betreffenden Augustwoche 63 Stunden zu je 17½ Pfennig. Von den hierfür fälligen 11,02 Mark gehen 1,99 Mark Abzüge ab. Ausgezahlt wurden also 9,03 Mark. In einer anderen Woche bekam Voss,der verheiratet und Vater von 7 zum Teil schulpflichtigen Kindern ist, nur 5,92 Mark ausgezahlt. Zu diesem Barlohn kommt ein Deputat von 1 Liter Milch täglich und 84 Zentnern Kartoffeln, 50 Zentner Kohlen und 20 Zentnern Futtergetreide jährlich. Niemand wird behaupten wollen,dass die Landarbeiter des Kaisers sehr üppig bezahlt werden.

+

Der Landarbeiter Voss erzählt noch eine ganze Menge davon,wie in Bornstedt auf dem kaiserlichen Mustergut von 2000 Morgen die Arbeit für S.M.erfolgt. Er spricht ohne hysterischen Hass; aber er ist empört. Jeder dritte Satz: "Ja,wie kann denn das zugehen? Das ist doch nicht richtig!".Besonders erregt ihn die Erinnerung an das Erlebnis einer jungen Schnitterin,die plötzlich 5 Mark von ihrem wohlverdienten Lohn abgezogen bekam,weil sie sich eines Tages krank melden musste. Und so ganz nebenbei erwähnt er noch,dass ihm die Gutsverwaltung kürzlich sogar das Bettstroh,das traditionellerweise stets umsonst geliefert wird,verweigerte...

+ + +

Schiffsstrandung. Nördlich von Wisby strandete der finnische Dreimastschoner Maine. Vier Mann der Besatzung sind ertrunken, 3 Mann konnten gerettet werden.

+ + +

Autokatastrophen. In Meran (Tirol) stiessen zwei Autos zusammen. Ein Wagen wurde zur Seite geschleudert und stürzte einen Abhang hinunter. Von den Insassen fanden zwei den Tod, zwei Kinder wurden lebensgefährlich verletzt.

In der Nähe von Ajaccio (Korsika) wollte ein Auto einen andern Wagen in einer Kurve überholen, wurde aber zur Seite gedrängt und stürzte in die Tiefe. Der Besitzer des Wagens, ein Rechtsanwalt aus Bastia, und sein Chauffeur verunglückten tödlich. Ein Freund des Anwalts erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

In der Nähe von Avignon (Süd=Frankreich) ist ein mit fünf Fahrgästen besetzter Autobus in der Kurve einer Gebirgsstrasse einen 40 Meter tiefen Abhang hinuntergestürzt. Wie durch ein Wunder blieben sämtliche Reisende unverletzt. Der Chauffeur erlitt leichtere Verletzungen am Arm. Der Autobus wurde vollkommen zertrümmert.

+ + +

Geschwindigkeitsweltrekord! Beim Training zu dem am kommenden Sonnabend in England stattfindenden Schneiderpokal=Luftrennen erreichte der englische Fliegerleutnant Boothmann die phantastische Geschwindigkeit von 740 Stundenkilometern. Mit dieser mit einem neuen Vickers Super-Marine S 6 B Flugzeug mit Rolls Royce Motoren erreichten Geschwindigkeit ist ein neuer Geschwindigkeitsweltrekord aufgestellt worden.

+ + +

Neuer Transpazifik=Flug. Die beiden amerikanischen Flieger Moyle und Allen sind von Tokio aus zu einem Non Stop=Flug über den Stillen Ozean gestartet. Die Landung soll in Seattle (Washington, USA.) erfolgen. Die zurückzulegende Strecke beträgt 4 465 Meilen.

+ + +

Freitod eines Bankdirektors. In Oehringen (Württemberg) erschoss sich Direktor Adolf Denner, der Leiter der dortigen Hohenlohe Bank. Die Motive des Freitods sind nicht geklärt. Die Guthaben der Bankeinleger sind nicht gefährdet.

+ + +

Raabe=Ehrungen. Anlässlich des 100. Geburtstages von Wilhelm Raabe wurde am Dienstag Nachmittag auf einem schönen mittelalterlich=romantischen Platz der Stadt Braunschweig ein Wilhelm Raabe=Brunnen enthüllt.

In Berlin ist die bereits seit längerer Zeit geplante Umtaufe der Spreestrasse in Sperlingsgasse vollzogen worden. In der "Chronik der Sperlingsgasse" hat der Dichter das bunte, friedliche Leben dieser Strasse poetisch geschildert. Das Haus Spreestrasse 11, das Raabe in den Jahren 1854/1855 bewohnte, zeigte am Dienstag aus Anlass des 100. Geburtstages des Dichters Girlandenschmuck. Der Verband Deutscher Erzähler behängte die an dem Haus angebrachte Gedenktafel mit einem Kranz.

+ + +

Waffendiebstahl. In Frankfurt a./Main stahlen Diebe in der Nacht zum Dienstag aus einem Waffengeschäft einige Dutzend Pistolen und Dolche. Die Spitzbuben sind unerkannt entkommen.

+ + +

Familiendrama. In der Villenkolonie Pasing bei München schied durch Gasvergiftung die 31 Jahre alte Frau des ehemaligen Kapitänleutnants Dehn mit ihren beiden 5 und 11 Jahre alten Söhnen und ihrer Hausangestellten aus dem Leben. Frau Dehn lag mit ihrem Manne in Scheidung.

+ + +

600 ooo Mark gewonnen! Auf das Los Nr. 285 245 der Preussisch=süddeutsche Klassenlotterie wurde der Hauptgewinn von 300 ooo Mark gezogen. Das Los wird in beiden Abteilungen von einem Gleiwitzer Kaufmann gespielt.

+ + +

Im Wattenmeer verirrt. Eine Gruppe von zehn Ferienkindern wurde im Wattenmeer zwischen der Insel Neuwerk bei Cuxhaven und der Sandbank Scharhörn von der Flut überrascht. Die Kinder hatten in Begleitung ihres Lehrers während der

Ebbe einen Spaziergang im Wattenmeer unternommen, jedoch nicht zeitig genug den Rückgang angetreten. Unter unsäglichen Mühen gelang es dem Lehrer die völli erschöpften Kinder schwimmend an Land zu retten. Vor Aufregung waren die Kinder zum Teil bewusstlos geworden.

+ + +

Miss England II gesunken. Bei dem Internationalen Motorbootrennen auf dem Erie=See bei Detroit brach das Rennboot "Miss England II", das von dem bekannten Rennfahrer Kaye Don gesteuert wurde, entzwei und ging unter. Kaye Don und seine beiden Mitfahrer wurden gerettet.- Bei der gleichen Veranstaltung stürzte ein von 50 Zuschauern besetzter Pier ein. Alle Personen fielen ins Wasser. Sieger bei dem von 200 ooo Personen besuchten Motorbootrennen wurde "Miss Amerika VIII" mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 61 englischen Stundenmeilen (98,149 Kilometer).

+ + +

Freitod eines Versicherungsdirektors. Aus noch ungeklärten Motiven verübte im Hamburger Büro der Berliner Hermes=Kreditversicherungsbank deren Direktor Schönfeld Selbstmord.

+ + +

Amy Johnson in Berlin. Die 19jährige englische Rekordfliegerin Amy Johnson traf auf ihrem Rückflug von Tokio nach London am Dienstag Nachmittag auf dem Flughafen Berlin=Tempelhof ein. Amy Johnson wird am Mittwoch ihren Flug nach London fortsetzen. Am 28. Juli war die junge Pilotin von London aus zu ihrem Ostasienflug gestartet.

+ + +

Habgieriger Löwe. Im Frankfurter Zoologischen Garten kam ein Wärter, der einen Löwen füttern wollte, vor dem schützenden Gitter zu Fall. Offenbar in der Absicht, dem Wärter das Futter zu entreissen, erfasste der Löwe den Arm des Wärters. Der Unglückliche wurde erheblich verletzt und musste ins Krankenhaus gebracht werden.

+ + +

Heiratsschwindler Dubral. Der wegen Meineids und Kreditschwindeleien in Untersuchungshaft befindliche Berliner Kriminalkommissar Dubral wird auch verschiedener Heiratsschwindeleien und Erpressungen beschuldigt.

+ + +

Das grösste Fernrohr. Der Bau des neuen von der amerikanischen General Electric Gesellschaft gebauten 200 Zoll Fernrohrs geht seiner Vollendung entgegen. Der Reflektor wiegt 50 ooo Pfund; vier Jahre hat man dazu gebraucht, um 4 ooo Zentner pulverisierten Quarz für die Linse auszuschmelzen. Mit dem neuen Fernrohr glaubt man bisher unerforschte Gebiete des Kosmos durchdringen zu können, da seine Wirkung 30 mal grösser sein wird als die aller bisher gebauten Riesenfernrohre.

+ + +

Die Leiche auf dem Schnellzug. Auf einem französischen Bahnhof wurde ein nach Marseille durchfahrender Schnellzug angehalten, weil Reisende bemerkt hatten, das Blut durch das Dach eines Wagens tropfte. Man fand auf dem Dach die Leiche eines Matrosen, die eine klaffende Kopfwunde aufwies. Anscheinend war der Matrose als blinder Passagier mitgefahren und mit dem Kopf gegen einen Brückenpfeiler gestossen, der ihm den Schädel spaltete.

+ + +

New Yorks Analphabeten. Eine in New York veröffentlichte Statistik lässt erkennen, dass es im Jahre 1930 im Stadtgebiet von New York 264 606 Personen über 10 Jahre gab, die nicht lesen und schreiben konnten. Die Ziffer stellt 4,5 % von der Gesamteinwohnerziffer dar. Im Jahre 1921 waren 6,2 % der Gesamteinwohnerschaft New Yorks Analphabeten.

Gewerkschaftliche Rundschau

Millionen müssen feiern.

(Untersuchungen der Gewerkschaften über Arbeitsmarkt und Arbeitszeit)

SPD. Im Herbst vorigen Jahres hat der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund (A.D.G.B.) die Forderung nach der 40=Stundenwoche aufgestellt. Es ist selbstverständlich, dass die gesamte Sozialreaktion eine Front gegen diese Forderung bildete und die Oeffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen suchte. Die Gewerkschaften mussten also versuchen, ihre Forderung wissenschaftlich zu begründen. Sie mussten vor allem die Notwendigkeit und die Durchführbarkeit ihrer Forderung beweisen. Sein Beweismaterial legt der A.D.G.B. jetzt in einem Buch vor (Die 40=Stundenwoche, erschienen in der Verlagsgesellschaft des A.D.G.B.), das das Ergebnis von Untersuchungen über Arbeitsmarkt, Arbeitsertrag und Arbeitszeit wiedergibt.

Als in den Tagen des Zusammenbruchs im Jahre 1918 der 8=Stundentag gesetzliche Einrichtung wurde, tauchten bald Stimmen auf, die immer wieder behaupteten, das durch den Krieg arm gewordene Deutschland, das seine Wirtschaft aufbauen muss und dazu Reparationen zu zahlen hat, könne sich diesen Luxus einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und Produktionseinschränkung nicht leisten. Alle diese Stimmen haben einen Faktor im Wirtschaftsgetriebe vergessen: die Technik. Während unsre Sozialreaktionäre noch dabei waren, den 8=Stundentag zu unterminieren, wuchsen in der Technik und in der Wirtschaft Kräfte heran, die eine völlig veränderte Situation schufen. Die Arbeitsmaschine trat ihren Siegeszug an. Man nutzte das Prinzip der Mechanisierung aus. Man kan zu neuen Arbeitsmethoden, zur Bekämpfung von Leerlauf, zu einer rationelleren Lagerhaltung u.a.m.. Die Arbeitsleistung pro Kopf wurde verdoppelt und vervielfacht, der Ausfall durch die Einführung des 8=Stundentages mehr als ausgeglichen. Es zeigte sich, dass der 8=Stundentag bereits ein Kind der Vorkriegstechnik war und in dem Masse, wie man die Rationalisierung und die Steigerung der Arbeitsleistung vertrieb, musste eines guten Tages die Forderung nach einer Arbeitszeit auftauchen, die weniger betrug als 48 Stunden pro Woche. Diese Forderung hat der A.D.G.B. aufgestellt. Es ist sein historisches Verdienst. Die Gewerkschaften haben schliesslich nichts anderes getan, als dass sie die logische Folgerung aus der technischen Situation zogen. Sicherlich wird die gegenwärtige Krise dadurch gekennzeichnet, dass die einzelnen Dinge nicht mehr zueinander passen, dass eine Kapazität da ist, die grösser ist als der Konsum, dass die Fertigwarenpreise nicht den Rohstoffpreisen entsprechen usw. Zu den Dingen, die nicht mehr angepasst sind, gehören der Stand der Technik und die Arbeitszeit. Auch diese Dinge wird man einander anpassen müssen, wenn man zur Ueberwindung der Krise kommen will.

Der technisch=logische Schluss, der in der Forderung der Gewerkschaften nach der 40=Stundenwoche liegt, wird durch das Krisenbild verdunkelt. In dem Büchlein des A.D.G.B. gibt Woytinsky eine Aufgliederung des Arbeitsmarktes im Frühjahr 1931. Wir hören von 5 Millionen verfügbaren Arbeitsuchenden. Dazu kommt eine weitere Arbeitslosigkeit im Umfang von rund 1 Million Personen, die durch Arbeitsstreckung verhüllt ist. Der Ausfall an Arbeit macht rund 6 Millionen Personen aus. Die Frage, über die sich der Arbeitslose täglich und stündlich den Kopf zerbricht, die Frage, woran das liegt, taucht auf. Woytinsky schätzt die normale Arbeitslosigkeit auf 400 000 Personen, die saisonübliche

auf 800 000 und die konjunkturelle auf 4 Millionen Personen.

800 000 Menschen bluten unter der strukturellen Arbeitslosigkeit, unter der neuen technischen Situation. Das ist der Gegenwert der Tatsache, dass die Produktionsanlagen in Massen veröden und ungenutzt dastehen, dass über vielen Maschinenräumen Friedhofsstille lagert, weil die belebende menschliche Arbeitskraft nicht an die Maschinen herankommt, weil ein hilfloses Wirtschaftssystem, anstatt die produktiven Kräfte zu entfalten, den Zwang zu einer Drosselung ausübt.

Es ist kaum nötig, die inneren Vorgänge dieses Prozesses klar zu machen. Die oben erwähnten Rationalisierung, vor allem der beschleunigte Vorgang der Mechanisierung der Produktion und die einzigartige Beschleunigung und Intensivierung des Produktions- und Arbeitsprozesses haben ein ununterbrochenes Ansteigen der Arbeitsproduktivität bewirkt und zwar in viel rascherem Tempo und in viel grösserem Ausmass als in der Vorkriegsentwicklung. Die Untersuchungen des A.D.G.B. geben schlagende Beispiele. Für eine Akkumulatorenfabrik heisst es, dass 23 Mann vor Jahren etwa 70 Batterien pro Tag herstellten; jetzt schaffen dieselben Leute über 200 Batterien. Eine Zigarrenkistenfabrik verringerte in der Zeit von 1924 bis 1929 ihre Belegschaft von 323 auf 106; sie steigerte aber ihre wöchentliche Produktion von 85 000 auf 110 000 Stück. Man kann diese Beispiele beliebig erweitern. Dadurch wird aber die technologische Arbeitslosigkeit erst erklärt. Was den logischen Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzung und technischer Situation verdunkelt, sind die Auswirkungen einer Rationalisierung, die falsch geleitet ist und die vielleicht der gegenwärtigen Krise im Grunde genommen den tiefen Untergrund gibt.

Mit anderen Worten: Das herrschende Wirtschaftssystem vermag der produktiven Kräfte, die es selbst entfalten half, nicht mehr Herr zu werden. Es vermag die Verteilung der Güter nicht zu lenken, nach dem die angeblich automatisch funktionierende Regulierung des freien Marktes versagt. Die andere Forderung, die in diesem Zusammenhang aufgestellt werden muss, ist die Forderung nach Ersetzung der kapitalistischen Wirtschaft durch eine sozialistische Ordnung der Wirtschaftsdinge. Je mehr sich die Unfähigkeit unserer Kapitalisten in Lohndruck, weitere Einschränkung der Produktion und Abbau der sozialen Leistungen zeigt, desto härter wird die Notwendigkeit der Umgestaltung des Wirtschaftssystems, desto notwendiger der Kampf für die Demokratisierung der Wirtschaft gegen die Autokratie der nur auf ihren Besitz gestützten, aber in der geistigen Führung versagenden Unternehmer, der Kampf für den Aufbau einer planmässig gelenkten und gerechten Wirtschaft, der Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus.

Dieser stets lebendige Kampf muss sich selbstverständlich aufs engste mit der Wahrnehmung der unmittelbaren Gegenwartsinteressen der Arbeiterschaft verknüpfen. In einem Augenblick, in dem Millionen von Arbeitern von der Arbeit ausgeschlossen sind, während man andere Millionen durch Lohndruck zur äussersten Verausgabung ihrer Arbeitskraft zwingt, in diesem Augenblick muss die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit ein neues Gesicht erhalten. Neben die sozialen, hygienischen und kulturellen Argumente für die Verkürzung der Arbeitszeit tritt das wirtschaftliche Argument der Unmöglichkeit eines Zustandes, in dem eine ständig wachsende Zahl von Millionen auf immer längere Zeit von der Verwertung ihrer Arbeitskraft überhaupt ausgeschlossen wird. "Ueberall, wo Organisierte im Kampf um Aufstieg und im Kampf gegen die Pest der Arbeitslosigkeit stehen, wissen sie, dass die Arbeitszeitverkürzung ein Mittel, eine notwendige Forderung zur Behebung der Gegenwartsnot ist".

Zu diesem Schluss kommt die Untersuchung der Gewerkschaften. Sie übergeben diese Untersuchungen den Menschen im Betrieb mit der Mahnung, dass es nicht genügt, die Forderung nach der 40-Stundenwoche aufzustellen, sondern dass um sie gekämpft werden muss. Das Rüstzeug bieten die Untersuchungen des A.D.G.B.

SPD. Wie die Reichsanstalt mitteilt, waren am 31.August bei den Arbeitsämtern rund 4 195 ooo Arbeitslose gemeldet. Die Zunahme gegenüber dem vorherigen Stichtag beläuft sich auf rund 91 ooo und bleibt damit hinter der Zunahme in der ersten Hälfte des Monats, wo sie rund 114 ooo betrug,zurück.

Die Zunahme in der Zahl der Arbeitslosen geht zwar im Verlaufe des gesamten Monats August über das Maass des Vorjahres hinaus, aber trotzdem bestätigt diese Entwicklung nicht die Schwarzseherei, die in Richtung auf den Arbeitsmark im Zusammenhang mit der Krise im Monat Juli hier und dort laut geworden war. Den in der Gesamtentwicklung des Arbeitsmarktes seit dem Juli betrachtet,ist die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahre trotz der stärkeren Erhöhungen während des Monats August nicht rascher angewachsen als im Vorjahr. In beiden Jahren 1930 und 1931, hat sich vom 1.Juli, dem Wendepunkt des Arbeitsmarktes nach der sommerlich=stärksten Entlastung, bis zum 1.September die Zahl der Arbeitslosen gleichmässig um etwa 240 bis 250 ooo gesteigert.

Die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge ist zahlenmässig stärker, nämlich zusammen um rund 96 ooo gestiegen, während im vorhergehenden Berichtsabschnitt beide Unterstützungseinrichtungen zusammen einen Zugang um rund 49 ooo Unterstützungsempfänger zu verzeichnen hatten. Diese stärkere Zunahme ist mit der Feststellung einer allgemeinen Verlangsamung vereinbar, da ein Ansteigen der Arbeitslosenzahl infolge der Wartezeit sich in der Versicherung später auswirkt. Am 31.August wurden nach den vorläufigen Zählungen der Arbeitsämter in der Arbeitslosenversicherung rund 1 281 ooo (am 15.August rund 1 225 ooo), in der Krisenfürsorge rund 1 095 ooo (am 15.August rund 1 055 ooo) Hauptunterstützungsempfänger betreut. Insgesamt hat die Arbeitslosigkeit seit dem sommerlichen Tiefpunkt nicht stärker zugenommen,als während der gleichen Entwicklungsperiode des Vorjahres;doch ist dabei zu beachten,dass der Ausgangspunkt in diesem Jahre erheblich höher liegt.

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen belief sich Ende Juli, am Stichtag der letzten Zählung, auf rund 1 063 ooo. Von der Gesamtzahl der im gleichen Zeitpunkt unterstützten Arbeitslosen entfielen 36,6 v.H. auf die Arbeitslosenversicherung, 31,1 v.H. auf die Krisenunterstützung,der Rest auf die Gruppe der Wohlfahrtserwerbslosen.

Hinsichtlich der einzelnen Berufszweige wird bemerkt, dass die Landwirtschaft in einzelnen Teilen des Reiches dem Arbeitsmarkt noch eine gewisse Entlastung durch Einstellung von Hilfskräften für die Ernte bot. Die Anforderungen für die Hackfruchternte dürften sich erst im September stärker bemerkbar machen. Im Steinkohlenbergbau - für den September sind noch Kündigungen von etwa 4 ooo Bergarbeitern ausgesprochen - hat sich die Arbeitsmarktlage weiter verschlechtert. Im Baugewerbe haben die Schwierigkeiten zugenommen. Auch in den Baustoffindustrien finden überwiegend Entlassungen und Betriebsstillegungen statt. Die Beschäftigung in der Metallindustrie hat sich verschlechtert. Die Zahl der Arbeitsuchenden im Spinnstoffgewerbe stieg in allen Bezirken an. In den Berufen des Nahrungsmittelgewerbes machte sich vereinzelt schon Bedarf für das Weihnachtsgeschäft bemerkbar, dem jedoch umfangreiche Entlassungen in der Tabakverarbeitung gegenüberstehen. Mehrere Bezirke melden besonders umfangreiche Entlassungen und Kündigungen für Angestellte.

SPD. Der Verband der Buchbinder und Papierarbeiter verhandelte in Koburg mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer über eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden. Die Unternehmer erklärten sich jedoch nur bereit, in einem sechwöchigen Turnus die Belegschaften der einzelnen Betriebe wechselweise eine Woche aussetzen zu lassen. Danach hätte jeder Buchbinder und jede Buchbinderin nach fünfwöchiger Beschäftigung eine Woche feiern

müssen. Zu Neueinstellungen, um den Arbeitsmarkt zu entlasten, konnten sich daher die Buchbindereibesitzer nicht entschliessen. Infolgedessen verliefen die Verhandlungen ergebnislos. Wie der Verband der Buchbinder und Papierar= beiter betont, sind die Aufträge in den Betrieben so knapp, dass nur noch der fünfte Teil der Berufsangehörigen voll arbeitet. Man will sich deshalb jetzt an die Reichsregierung wenden, die Abhilfe schaffen soll.

SPD. Am Dienstag tagte der Reichsausschuss der Kriegsbeschädigten= und Kriegshinterbliebenenfürsorge, der gesetzliche Gutachterorganisation für die Versorgung der Kriegsopfer ist. An der Tagung nahmen Vertreter des Reichsarbei= ministeriums teil. Die beteiligten Organisationen und die Vertreter der Haupt= fürsorgestellen konnten in der Aenderung der zweiten Notverordnung, soweit sie Kriegsopferfragen betrifft, eine Einigung erzielen. Aufgrund dieser Einigung werden Besserung der Renten für Leichtbeschädigte, Milderung der Anrechnung der Rente auf die Arbeitslosenunterstützung bei arbeitslosen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Milderung der Ruhensbestimmungen für Personen, die öffentliches Einkommen beziehen, und grundsätzliche Aenderungen auf dem Gebiet der Gewährung von Zusatzrenten empfohlen.

Aus den Aeusserungen des Regierungsvertreters ist, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, zu entnehmen, dass die Wünsche des Reichsaus= schusses in einer demnächst zu verkündenden Notverordnung Berücksichtigung finden.

SPD. Nachdem erst im Frühjahr den Berliner Speditionsangestellten das Gehalt um 7 Prozent gekürzt worden war, jetzt der Verein Berliner Spediteure den zum 1. Oktober ablaufenden Mantel= und Gehaltstarif dieser Gruppe gekün= digt. Die Unternehmer verlangen einen nochmaligen Gehaltsabbau von 10 Prozent. Darüber hinaus soll das Kernstück des Mantelvertrages, die Gruppeneinteilung, völlig umgestaltet werden, sodass das Gros der Berliner Speditionsangestellten durchweg in niedrigere Gehaltsklassen eingruppiert wird. Nach einer Berechnung des Zentralverbandes der Angestellten würde diese Umgruppierung für die Ange= stellten einen Gehaltsabbau von 30 bis 40 Prozent bedeuten. Dazu käme dann noch der 10%ige Gehaltsabbau. Diesem Vorstoss der Berliner Spediteure kommt besondere Bedeutung zu, da er auf Anweisung des zentralen Arbeitgeberverbandes erfolgt ist.

SPD. Die Schuherzeugung, dieser wichtige Produktionszweig der englischen Industriewirtschaft, wurde durch Einführung von arbeitsparenden Maschinen in den letzten Jahren einem durchgreifenden Rationalisierungsprozess unterzogen. Wie im Bericht der englischen Gewerkschaft der Schuhmacher festgestellt wird, betrug die englische Schuhproduktion im Jahre 1930, d.h. in einem Jahre stark verminderten Verbrauchs, 115 Millionen Paar. Das sind mindestens 30 Millionen Paare oder 35 Prozent mehr als im Jahre 1913. Diese stark erhöhte Produktion wurde mit einer erheblich verminderten Belegschaft hergestellt. Seit 1921 ist die Zahl der Schuharbeiter um 17 571 gesunken. Sie betrug im Jahre 1930 noch 135 840.

SPD. Die Kette der Zusammenbrüche schwindelhafter Bausparunternehmungen reisst nicht ab. Immer wieder werden kleine Sparer, die den unverantwortlichen Versprechungen privater Bausparkassen Glauben schenken und ihnen ihre sauer erworbenen Spargroschen in der Hoffnung auf billige Hypotheken für ein Eigenheim anvertrauen, in der gewissenlosesten Weise betrogen.

In Frankfurt a.M. ist jetzt der Konkurs der "Bau- und Finanzierungs-Gemeinschaft G.m.b.H." Gegenstand eines von der Staatsanwaltschaft beantragten Untersuchungsverfahrens. Diese Schwindelgesellschaft, die sich als gemeinnütziges Institut ausgab, versprach denen, die nicht alle werden, jeden gewünschten Kredit zu beliebigem Zeitpunkt und zwar zinslos. Ein Heer von Vertretern wurde engagiert, die besonders in den ländlichen Gemeinden Hessens zahlreiche Kunden anwarben. Viele Sparer zahlten hohe Beträge bei der Kasse ein, deren Leiter kein einziges Baudarlehen zur Auszahlung brachten, sondern alle eingehenden Spargelder und Kredite, die sie auf in Zahlung genommene Hypothekenbriefe erhielten, für ihren persönlichen Bedarf verprassten. Als die Bausparer ungeduldig wurden und den Staatsanwalt mobil machten, waren die Herren Direktoren und Aufsichtsräte aus Frankfurt verschwunden.

In Düsseldorf gründeten zwei Schwindler, der Architekt Albert und sein Kompagnon Oevel, den Sparta-Haus-Vertrieb, der Anfang dieses Jahres in eine Bausparkasse umgebildet wurde. Auch sie versprechen ihren lieben Mitmenschen Eigenheime - serienmässig hergestellte "Sparta-Häuser" - gegen eine Anzahlung von 500 Mark. Kleinen Handwerkern wurden mit Auftragsversprechungen grössere Kredite abgeluxt. Als die Staatsanwaltschaft eingriff, beging der Treuhänder für die Gelder der Eigenheimbewerber, der Notar Glasmacher, der an der Misswirtschaft beteiligt war, Selbstmord. Die Herren Direktoren wurden verhaftet. Unterschlagungen von 48 ooo Mark haben sie bereits eingestanden.

In Gerresheim bei Düsseldorf traten die "Bauunternehmer" Fobbe und Schüll (Schüll ist bereits achtmal vorbestraft) mit einem Plan auf, 180 billige Eigenheime zu bauen. Postassistenten, Eisenbahnbeamte und andere gaben gutgläubig ihr Geld hin. Bauhandwerker zahlten willig Vermittlungsgebühren, nachdem man ihnen verlockende Aufträge in Aussicht gestellt hatte. Schlussakt der Tragikomödie: Fobbe erhielt 7, Schüll 8 Monate Gefängnis wegen versuchten und fortgesetzten Betruges.

In Karlsruhe ist die Schaffergilde in Konkurs gegangen, von der noch dahinsteht, ob hier Betrüger oder nur Scharlatane am Werk waren. Die Schaffergilde warb Bausparer für ein Projekt von 800 Eigenhäusern an. 500 bis 1500 Mark sollten für den Erwerb eines Hauses genügen; 38 bis 57 Mark sollten die monatlichen Lasten betragen. Nach dem Zusammenbruch trauern einige hundert Bausparer ihren Ersparnissen nach.

In der jetzigen Zeit, in der viele Sparer sich bemüssigt fühlen, mit ihren Spargroschen übereilig in die Sachwerte von Eigenheimen und Grundstücken zu flüchten, ist die Warnung: "Achtung vor Bausparschwindlern!" mehr denn je angebracht.

SPD. Zwischen dem nordamerikanischen Farmamt und einer deutschen Gruppe, an der massgebend die halbstaatliche Deutsche Getreidehandelsgesellschaft beteiligt ist, ist ein Abkommen getroffen worden, nach dem das Farmamt 200 000 Tonnen Weizen gegen Kredit an Deutschland liefert. Ueber die Bedingungen dieses Kredits ist nichts Näheres bekannt.

Das nordamerikanische Farmamt sitzt auf riesigen Weizenbeständen fest und es hat die Gelegenheit kurzerhand wahrgenommen, einen Weizenkredit an Deutschland zu geben. So lockern sich die Riesenlager in Nordamerika, um die neue Weizenernte aufzunehmen. Für Deutschland liegen die Dinge so, dass es bei einer Weizenernte von etwa 4 Millionen Tonnen immerhin 1 Million Tonnen

Weizen einführen muss, wenn keine Weizenverknappung auf dem Markt eintreten und der Weizenpreis in die Höhe getrieben werden soll. Die jetzt von Nordamerika abgegebene Menge entspricht also nur einem Teil der Weizeneinfuhr, die im Laufe des Getreidejahres nötig werden wird.

Das deutsch-amerikanische Weizengeschäft erinnert an die Weizenkonferenzen, die im Verlauf des letzten Jahres stattgefunden haben und an denen besonders die südosteuropäischen Agrarländer beteiligt waren. Auch in diesen Staaten drücken die Weizenvorräte. Die Weizensorgen werden auch jetzt trotz einer verschlechterten Ernte nicht geringer sein als im vorigen Jahre. Auf diesen Konferenzen wurde der Gedanke erörtert, dass die europäischen Industriestaaten gegen Austausch von Industrieartikeln den Weizenüberschuss aufnehmen sollten. Für Deutschland ist dieser Gedanke verlockend, weil es so seinen Industrieexport erweitern könnte. Die Kreditfrage hätte sich sicherlich mit Hilfe französischer Banken regeln lassen. Was Nordamerika kann, müssen schliesslich auch die europäischen Länder können. Hoffentlich regt das deutsch-amerikanische Geschäft dazu an, diesen Gedanken, der der gemeinsamen Ueberwindung der Wirtschaftskrise in Europa durch Europa entspricht, wieder aufzugreifen.

SPD. Der Konsumverein Vorwärts in Dresden weist für den Monat August einen Umsatz in Höhe von 3,007 Millionen Mark nach. Die Umsatzverminderung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres stellt sich auf über 833 ooo Mark = 21,7 Prozent. Bei der Sparkasse war ein Eingang von 140 ooo Mark zu verzeichnen. Die Auszahlungen beliefen sich dagegen auf 1,085 Millionen Mark.

Berliner Viehmarkt.

(8. September 1931.)

SPD. Bei reichlichem Auftrieb und bei ruhigem Handel gaben die Schweinepreise nach. Stark betroffen wurden die Tiere unter 240 Pfund. Bei den schwereren Tieren war der Preisabschlag geringer. Auf dem Kälbermarkt gab es ebenfalls niedrigere Preise. Nur für erstklassige Tiere wurden höhere Preise bezahlt. Höhere Preise setzten sich auf dem Hammelmarkt durch. Die Preisbewegung beruht durchweg auf zu geringer Beschickung. Obwohl auf dem Rindermarkt der Auftrieb genügte, waren prima Ochsen knapp und erzielten höhere Preise.

Notierungen: Schweine a. über 300 Pfund (57 (58-60), b. 240 bis 300 Pfund 55-57 (57-59), c. 200 bis 240 Pfund 52-56 (56-57), d. 160 bis 200 Pfund 49-53 (52-55), e. 120 bis 160 Pfund 46-48 (49-51), Sauen 48-50 (50-52). Schafe: a. 47-48 (42-45), b. 46-50 (45-49), c. 40-44 (38-43), d. 28-35 (30-34), Kälber: b. 48-57 (50-58), c. 45-55 (48-55), d. 33-43 (35-45). Kühe: a. 30-34 (30-34), b. 24-28 (24-28), c. 19-23 (19-23), d. 15-18 (14-17).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 8. September. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten. I. Qualität 126, II. 116, abfallende Sorten 102 RM. Tendenz: ruhig.

Roggenmehl zu teuer.

(Berliner Getreidebörse vom 8. Sept.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse schlug die Tendenz am Dienstag wieder vollkommen um. Auf Grund der starken Preissteigerungen in den letzten Tagen ist das Angebot an Weizen erheblich gewachsen. Da gleichzeitig der Bedarf der Mühlen wieder geringer geworden ist - zum Teil infolge des schleppenden Mehlgeschäftes - und auch der Handel keine grössere Kaufneigung zeigte, mussten die Preise um etwa 3 - 4 Mark je Tonne zurückgehen. Das Roggenangebot ist nicht grösser geworden, aber auch hier war die Nachfrage geringer, da Roggenmehl bei den gestiegenen Preisen sich erheblich schwerer verkauft. Am Markte der Zeitgeschäfte waren die Preise gleichfalls rückläufig. Hier verlor Weizen etwa 4 Mark Roggen 2 - 3 Mark. Das Mehlgeschäft ist sehr schleppend geworden; die Forderungen der Mühlen lauten noch unverändert. Bei dem sehr schwierigen Geschäft zeigen sich jedoch die Verkäufer nachgiebig. Hafer hatte reichliches Angebot und ruhige Tendenz. Die Preise waren auch hier um 1 - 2 Mark rückläufig.

	7.Sept.	8.Sept.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	216 - 218	214 - 216
Roggen	176 - 178	174 - 176
Neue Wintergerste	152 - 161	152 - 161
Hafer	138 - 147	136 - 145
Hafer neuer	155 - 165	-
Weizenmehl	26,50 - 32,50	26,25- 32,50
Roggenmehl	24,25 - 26,75	24,25- 26,75
Weizenkleie	11,50 - 11,90	11,50- 11,90
Roggenkleie	9,75 - 10,00	9,75- 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 227 und Brief (Vortag 231½), Oktober 226½ (230½), Dezember 226½ (231). Roggen September 189-188 (191), Oktober 187 (191), Dezember 188 (190). Hafer September 146 (148), Oktober 146 (148½), Dezember 147 (149).

Rauhfutternotierung.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	..... RM	0,55 - 0,70
" " Weizenstroh "	..... RM	0,40 - 0,55
" " Haferstroh "	..... RM	0,45 - 0,60
" " Gerstenstroh "	..... RM	0,45 - 0,55
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	..... RM	0,55 - 0,75
Bindfadengepresstes Roggenstroh	..... RM	0,40 - 0,55
" " Weizenstroh	..... RM	0,35 - 0,45
Häcksel	..... RM	1,25 - 1,35
Tendenz stetig		
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	..... RM	1,25 - 1,55
Gutes Heu, gesund und trocken	..... RM	1,70 - 2,20
Luzerne, lose	..... RM	2,20 - 2,50
Thymothee, lose	..... RM	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose	..... RM	2,15 - 2,45
Mielitz=Heu, lose, rein		gestrichen
" " " (Warthe)		"
" " " (Havel)		"
Drahtgepresstes Heu	..... RM	0,30 ohne Notiz.
Tendenz stetig.		